



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

α.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

allmählig in Erstarrung gerathen und in neuerer Zeit wieder zu frischem Leben erweckt worden sind. Dr. V. Salviati in Venedig hat durch seine großartige Thätigkeit die musivische Kunst zu neuer Geltung gebracht. Die „Venetianische Mosaik-Anstalt von Salviati“ ist eins der großartigsten Kunstinstitute der Neuzeit geworden, dessen Erzeugnisse den alten Mosaiken in den meisten Eigenschaften gleich kommen, ja dieselben in manchen Beziehungen übertreffen. Salviati hat für England sehr bedeutende Arbeiten ausgeführt, namentlich auch Mosaik-Portraits, welche eigenthümliche Vorzüge haben vor Gemälden, da sie weder durch Feuchtigkeit, Regen und Sonnenschein, noch durch sonstige Witterungseinflüsse beschädigt oder verdorben werden können. Prof. aus'm Weerth macht die erfreuliche Mittheilung, daß die preußische Staatsregierung die Wiedereinführung mosaicirter Fußböden beabsichtigt; desgleichen lasen wir vor Kurzem, daß an der Siegesssäule in Berlin Scenen aus dem deutsch-französischen Kriege in Mosaiken ausgeführt werden sollen, „der einzigen Malerei für die Ewigkeit.“

Aus Schwaben.

Statt eines Rückblickes auf die schwäbische Politik des abgelaufenen Jahres erhalten Sie einen Bericht über das Ergebnis unserer Reichstagswahlen, welches wohl überzeugender als jedes einseitige Raisonnement die Lage der Dinge in Württemberg am Jahreschlusse, die Früchte unserer neuesten Regierungspolitik zu kennzeichnen geeignet sein dürfte.

Von 234,000 abgegebenen Stimmen (in 17 Wahlbezirken) fielen im Ganzen 140,000 auf nationale, 50,000 auf klerikale und 44,000 auf socialdemokratische und volksparteiliche Candidaten. Rechnet man aber, wie man aus den nachher anzugebenden Gründen muß, die beiden letzteren Kategorien zusammen, so werden von 94,000 reichsfeindlichen Stimmen eben 75,000 auf die klerikale, 12,000 auf die Volkspartei und 7000 auf die socialdemokratische Partei nach einer ziemlich genauen Berechnung zu vertheilen sein. Das Resultat ist nun, daß die Volkspartei so viel wie abgewirthschaftet hat, denn der einzige Demokrat, welcher durchgesetzt wurde, wird wohl eher der Fortschrittspartei beitreten als mit Herrn Sonnemann und den Socialdemokraten gemeinschaftliche Sache machen. Dagegen wird Württemberg statt bisher durch 2 Centrumsmänner künftighin durch deren 3 in Berlin vertreten sein. Alle übrigen (13) Abgeordneten gehören den verschiedenen Schattirungen der

nationalen Partei an, welche in Württemberg auch diesmal, wie immer seit 1866, ohne Unterscheidung zwischen den innern Parteigegensätzen — als „deutsche“ oder „nationale“ Partei vereint an der Wahlurne erschienen ist, so daß, da auch die reichsfeindlichen Gegner unter einer Fahne zusammenstanden, nirgends eine Stichwahl nothwendig wurde.

So günstig nun auch an sich dieses Resultat erscheint, so bedenklich standen doch, wie schon die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beweist, in verschiedenen Wahlkreisen die Chancen der nationalen Sache, und es ist aller Grund vorhanden, um die nationale Mehrheit aus ihrer bisherigen Energielosigkeit, welche namentlich in dem Mangel jedes Parteiorgans zu Tage tritt, aufzurütteln.

Eine Hauptgefahr lag auch diesmal wieder in der Eintheilung der Wahlbezirke, welche wir dem von uns — so lange er noch lebte — genügend charakterisirten Minister von Scheurlen verdanken. Während in Württemberg die Katholischen nur $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung ausmachen, und nur in 2 Wahlbezirken in compacten Massen zusammen wohnen, im Uebrigen aber in größeren oder kleineren Gruppen durch die protestantische Mehrheit zerstreut sind, so daß bei einer natürlichen Eintheilung der Wahlbezirke die katholische Bevölkerung nach Abzug jener beiden Wahlkreise nirgends die Ziffer von 20—30% überschreiten würde, hatte v. Scheurlen im Jahre 1870, den Eingebungen der Ultramontanen folgend, mit vielem Raffinement noch 3 weitere Bezirke so gruppiert, daß daselbst die Katholiken den Protestanten in dem Durchschnittsverhältniß von ca. 60—90% gegenüber stehen. Hierdurch allein wurde der Sieg eines weiteren Centrumsandidaten (Bahrhauer) im XIII. Wahlkreise ermöglicht, während in zwei weiteren Bezirken für diesmal der Sieg der Ultramontanen nur durch eine glückliche Constellation in der Personenfrage beseitigt werden konnte. Betrachten wir nun die Stellung der einzelnen Parteien zum Wahlkampf näher, so ist zunächst zu constatiren, daß die sogen. Großdeutsche Partei — soweit sie nicht mit der ultramontanen und der Volkspartei identisch ist — auf jede Candidatur verzichtete, und sich darauf beschränkte, ihre Stimme den klerikalen oder volksparteilichen Candidaten zuzuwenden: eine Resignation, welche sich bei den theilweise in der parlamentarischen Laufbahn ergrauten Männern jener Partei zur Genüge durch die politische Situation und die Parteiverhältnisse im Reichstag erklären dürfte. Auch bei der Volkspartei zogen sich die erfahrenen Politiker von der Arena zurück und überließen den Kampfplatz einer jugendlichen Garde, welche Herr Sonnemann, wenn auch ohne Erfolg für seine Dienste engagirt und von Frankfurt aus mit Programmen, Flugblättern und andern Geistesproducten reich ausgestattet hatte. Dem entsprach denn auch die ganze Agitation dieses jüngsten volksparteilichen Nachwuchses. Nicht erst, wie in

Frankfurt, von der Stichwahl, sondern von Anfang an war das Programm unserer volksparteilichen Candidaten ganz identisch mit demjenigen der Socialdemokratie. Kampf gegen alle jene thatsächlichen Vorzüge, welche Bildung und Vermögen in jedem civilisirten Staat nothwendig einräumen. Hündische Schmeichelei gegenüber den niedrigsten Leidenschaften der Hefe der Bevölkerung, Herabwürdigung alles Hohen und Ehrwürdigen war diesmal die Losung der Volkspartei, welche auch in dem „Beobachter“ (einem seit der Redaction des Herrn Franz Xaver v. Hassenkamp immer tiefer sinkenden Blatt, das wie wir hören, dem Eingehen nahe ist, wenn es nicht noch rechtzeitig von der Centrumsfraction auf den Beinen erhalten wird) natürlich energische Unterstützung fand. Socialdemokraten und Volkspartei standen dieserhalb auch in sämtlichen Wahlkreisen Schwabens wie ein Mann zusammen. Der dritte im Bund aber waren die Ultramontanen. Und zwar bestand ein von der Germania selbst öffentlich proclamirtes Uebereinkommen, nach welchem, wo ein ultramontaner Candidat austrat, jene beiden Parteien unbedingt für letzteren und umgekehrt die Katholiken für die socialdemokratischen und volksparteilichen Candidaten zu stimmen sich verpflichteten. So stimmten denn z. B. im Eßlinger Bezirk die katholischen Orte einstimmig für den Socialdemokraten Demmler in Schwerin, in Gmünd die vermögliche Bevölkerung der katholischen Landorte für den socialdemokratischen Arbeiter Burckardt, während in der Bischofsstadt Rottenburg, in Tübingen und Reutlingen (im VI. Wahlkreis, woselbst der Kampf am heftigsten war) der ganze Katholicismus für den Candidaten der Volkspartei eintrat, einen kaum der Universität entwachsenen Anwalt, der sich die besonders ehrenhafte Aufgabe gestellt hatte, die angesehensten Männer der deutschen Nation in der niedrigsten Weise in den Noth zu ziehen, und dem Capital der Bildung offen den Krieg zu erklären. Hatte nun auch das württembergische Ministerium (von persönlicher Rankune einzelner Minister und ihrer Untergebenen natürlich abgesehen!) sich officiell dem Wahlkampf gegenüber passiv verhalten, so ist doch das neueste Verhalten der ultramontanen Partei in unserem Land ganz besonders geeignet, die bisherige Politik der württembergischen Regierung in der Kirchenfrage zu charakterisiren, und dasjenige zu bestätigen, was die Grenzboten in den letzten Jahren über diese Politik bei verschiedenen Gelegenheiten berichtet haben.

Man hatte bis in die letzten Wochen der katholischen Partei von Seiten der Regierung geschmeichelt, in der sonderbaren Meinung, dadurch den Kampf, der seit dem Augenblicke, wo das Reich den Krieg zu Gunsten des Papstes abgelehnt hatte, im übrigen Deutschland ausgebrochen war, von den schwarz-rothen Gränzpfehlern abhalten zu können. Was hatte man nicht alles gethan! Zweimal in kurzer Aufeinanderfolge wurden die Gehalte sämtlicher katholischen Geistlichen von Staatswegen bedeutend erhöht, obgleich diesen Cöliba-

tären gegenüber nicht das geringste Bedürfnis noch weniger eine rechtliche Verpflichtung vorlag, gleichsam als gelte es, den Clerus aus Staatsmitteln zum Kampfe gegen das Reich auszustatten. Das Reichsgesetz gegen die Jesuiten wurde in Württemberg gar nicht, (oder wie neulich das klerikale deutsche Volksblatt sich ausdrückte „mit Liebe“!) zur Anwendung gebracht. Nicht nur in Wolfegg am Hofe des Fürsten Waldburg, sondern selbst in einer der Kreishauptstädte des Landes wird den Jesuiten der Aufenthalt gestattet, als wollte man die Nichtachtung der Reichsgesetze recht offen an den Tag legen. Noch immer besetzt man Professuren an paritätischen Staatsgymnasien mit Klerikern der extremsten Richtung und giebt die Erziehung der protestantischen Jugend offenen Anhängern des Jesuitenordens in die Hände. Gebliffentlich vermehrt man die Zahl der katholischen Beamten im Lande dadurch, daß die auf Staatskosten zur Erziehung von Klerikern unterhaltenen Convicte als Pflanzschulen für die kostenfreie Heranbildung von Beamten katholischer Confession behandelt werden, so daß, wie sich statistisch nachweisen läßt, in dem protestantischen Württemberg die große Mehrzahl aller katholischen Bediensteten für ihren Beruf auf Staatskosten erzogen wird, während die Protestanten auf ihre Kosten sich für den Staatsdienst auszubilden haben. Man hat ferner die Volksschule gänzlich in die Hände der katholischen Geistlichkeit gegeben: andererseits die Wahrung der wesentlichen Staatshoheitsrechte gegenüber der katholischen Kirche ausschließlich an Katholiken übertragen, welche den Geboten Gottes, d. h. den Befehlen des Vatikans mehr gehorchen als den menschlichen Erlassen der Staatsgewalt! Gewiß man hat alles gethan, um die Klerisei zu gewinnen, man hat sich derselben geradezu unter die Füße gelegt. Sie aber hat geantwortet mit der offenen Parteinahme für die Socialdemokraten und die Anhänger der Commune. Schreckten doch selbst an der Tübinger Hochschule katholische Professoren, welche eben erst besondere Zeichen der Gunst von Seiten der Regierung erhalten hatten, nicht zurück, mit dem niedersten Pöbel gemeinsame Sache zu machen, indessen Böglinge des katholischen Staatsconvicts geradezu die herumreisende Clique des Demagogenhums im VI. Wahlkreise bildeten! Während nun aber so die ganze ultramontane Partei, wenn auch nicht auf Befehl, so doch mit Duldung des gänzlich einflußlosen Bischofs v. Hefele in Rottenburg mit den schlimmsten Elementen der Bevölkerung gemeinsame Sache nicht nur gegen das Reich sondern gegen die Fundamente der bestehenden socialen Ordnung machten, mußte um so mehr die Passivität der großen protestantischen Mehrheit, namentlich die Zurückhaltung der zahlreichen protestantischen Beamten gegenüber diesem Kampfe in die Augen fallen. Obgleich überall die katholischen Justiz- und Verwaltungsbeamten, unter letzteren namentlich die zahlreichen aus der k. Forstdirection direct influenzirten Forstbediensteten den

Kampf gegen das Reich mit den unglaublichsten Mitteln betrieben, die Religion in Gefahr erklärten und ganz offen und ungenirt auf die Unterstützung „der französischen Brüder“ hinwiesen, scheute man sich von protestantischer Seite mit ganz wenigen Ausnahmen, den Kampf auf demjenigen Boden aufzunehmen, auf welchem ihn der Gegner selbst angeboten hatte, d. h. der confessionellen Bewegung wieder eine confessionelle entgegenzusehen, ungeachtet vielleicht nirgends in Deutschland die Verhältnisse zu einem solchen Kampf günstiger gestaltet sind, als in Schwaben, wo das protestantische Bewußtsein alle Kreise der evangelischen Kirche gleichmäßig durchdringt und nur der geeigneten Anregung bedarf. Fehlte es auch bei der dermaligen Lage Deutschlands an letzterer nicht, so war doch bisher der Protestantismus in Württemberg im engsten Zusammenhang mit der „großdeutschen“ Politik der letzten Jahre an Haupt und Gliedern gefesselt: und hat sich trotz der neuesten Wendung der württembergischen Politik seiner Banden bisher nicht entledigen können.

Bekanntlich ist der allmächtige Minister Württembergs, Herr von Mittnacht, selbst Katholik. Er ist zwar, das geben wir gern zu, kein Ultramontaner: aber er hat, im Gegensatz zu seinen bairischen Collegen, es seither trefflich verstanden, jedem Conflict mit der Kirche aus dem Wege zu gehen, und die Leiter der kirchlichen Bewegung betrachten ihn daher noch heutigen Tags als einen guten Katholiken, auf den sie rechnen zu dürfen glauben. Sie schonen ihn möglichst, weil sie wissen, welch hohen Werth es für sie hat, daß an der Spitze der Regierung des protestantischen Staates Württemberg gerade ein Katholik steht. Jeder Katholik scheint sich in seinem Auftreten gegenüber der Staatsgewalt, bei dem Gedanken an diese oberste Leitung der Regierung ganz besonders sicher zu fühlen, und das katholische Beamtenthum namentlich nimmt sich Rücksichtslosigkeiten in Zeiten der Wahlagitation heraus, welche sonst in Württemberg von der Masse der protestantischen Bevölkerung nicht geduldet werden. Bedenkt man nun, daß in Schwaben, wo der Einfluß der officiellen Kreise ein ungleich größerer ist, als in irgend einem deutschen Staate, Herr von Mittnacht als Minister der Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsanstalten mit ihrem zahlreichen Personal gewiß $\frac{1}{3}$ aller württembergischen Staatsbediensteten zu seinen Amtsuntergebenen hat, so erklärt sich, ohne Herrn von Mittnacht irgend wie den Vorwurf confessioneller Einseitigkeit zu machen, zur Genüge die Gebundenheit, in welcher sich der ganze württembergische Staatsorganismus der katholischen Agitation gegenüber zu befinden glaubt; denn für die Mehrzahl der öffentlichen Functionäre gilt Vorsicht als die höchste Weisheit, und von dieser Mehrzahl hat keiner Lust, die Frage practisch zu erörtern, ob ein rücksichtsloses Eintreten in den Wahlkampf, ein Aufgebot des protestantischen

Glaubenszeifers gegen den katholischen Fanatismus, nicht doch von Oben ungern gesehen würde, und dem individuellen Vorwärtstommen hinderlich sein könnte? Das ist vielleicht die Ursache, daß — der XIII. Wahlkreis lieferte wahrhaft abschreckende Beispiele — selbst in den Richtercollegien der Ultramontane sich ungeschert alles erlaubte, während die protestantischen Collegien und Vorgesetzten Gewehr bei Fuß sich damit begnügten, ihre Gefühle im engsten Kreise auszutauschen. —

Dazu die ganz eigenthümliche Lage der protestantischen Kirche selbst, an deren Spitze als Präsident des Consistoriums der von uns schon mehrfach charakterisirte Staatsminister v. Goltzher, das würdige Pendant seines Freundes und Gefinnungsgegnossen Schäßle, steht. Dieser Mann hat sehr zur Unzeit einen Erlass von sich gegeben, welcher — wir sagen nicht absichtlich — dieselbe Wirkung übte wie ein Wahlmanöver, welches, mit Raffinement erdacht, der nationalen Sache bei der Wahl außerordentlich zu schaden geeignet war, und welcher so recht die Situation kennzeichnet. In allen Programmen, Flugblättern und Wahlreden der socialdemokratischen und ultramontanen Partei bildete bekanntlich neben dem „Militarismus“ das wichtigste Agitationemittel eine Reihe der frechsten Lügen über den Invalidenfonds. Lektierer, hieß es, sei nur ein Dispositionsfonds für Bismarck, das Reich habe für die Invaliden nichts gethan, dieselben vielmehr ganz auf den öffentlichen Bettel angewiesen. Und als gälte es für diese, lange vor der Wahl in den bekannten Frankfurter und Mainzer Kreisen ausgeheckten Lügen neben der famosen Historie von dem Trompeter von Mars la Tour im rechten Augenblicke auch für Württemberg Beweise herzustellen, hatte nicht nur der Bischof von Rottenburg, sondern gleichzeitig auch Herr von Goltzher in allen katholischen und protestantischen Kirchen des Landes wenige Tage vor der Wahl zu Gunsten „der armen Invaliden der Jahre 1870 und 1871“ den Klingelbeutel herumgehen lassen. Manche — nicht wir — konnten sich des Gedankens nicht erwehren, daß Herr von Goltzher und der Verfasser der Frankfurter Flugblätter als alte Freunde von anno 1866 hier wieder einmal zusammen arbeiteten! Was half es, auf die glänzenden, das Bedürfniß nicht übersteigenden, in Württemberg geradezu unerhörten Invalidengehalte hinzuweisen, welche das Reich auszahlt, wenn das Demagogenthum einfach auf die unmittelbar vor der Wahl concessionierte Klingelbeutelbettelei zu verweisen brauchte, gleichsam als Beleg dafür, daß das Reichsgesetz über den Invalidenfonds gar nicht ins Leben getreten sei? Die katholische Geistlichkeit ließ sich denn auch diese von Oben gegebene Gelegenheit, das Reich von der Kanzel herab zu verunglimpfen, nicht entgehen, während die protestantische, angesichts der glänzenden Lage unserer Invaliden sich nur mit innerer Indignation den Weisungen des Herrn von Goltzher fügte. — —

Sucht man sich diese Zustände zu vergegenwärtigen, so muß man sich nur wundern, daß die nationale Partei trotz der vorhandenen Schwierigkeiten die oben berichteten Erfolge erzielt hat. So viel aber läßt sich schon jetzt behaupten, daß, wenn es nicht Herrn von Sief noch im rechten Augenblick gelingen sollte, den protestantischen Geist der schwäbischen Bevölkerung gegen die destructiven Tendenzen der reichsfeindlichen Dreieinigkeit ins Feld zu rufen, das Ministerium die Früchte seiner kopflosen Kirchenpolitik bei nächster Gelegenheit zu genießen bekommen wird, ohne daß der nationalen Partei daraus ernstliche Gefahren drohen würden, denn — quem Deus perdere vult dementat.

Auch für die Diätenfrage lieferten unsere Wahlen interessante Ergebnisse. Während die Diätenlosigkeit die Aufstellung nationaler Candidaturen sehr erschwerte, stellte die ultramontane Partei zwei Candidaten auf, welchen ihre Vermögensverhältnisse nach Berlin zu gehen geradezu verboten. Der Eine, der Gegner des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, erklärte, nachdem kurz vorher die gerichtliche Execution seine gänzliche Vermögenslosigkeit ergeben hatte, daß er auf Kosten der Centrumsfraction nach Berlin gehen würde, und als der Andere, Bayrhauer, im XIII. Wahlkreis reussirte, subscribirten sofort die Geistlichen des Bezirks — man gab ihnen ja die Mittel dazu! — den Betrag von ca. 1000 Gulden, um damit ihren Abgeordneten auszurüsten, eine Thatsache, welche wir der Oeffentlichkeit um so weniger vorenthalten dürfen, als so eben die klerikale Kölner Volkszeitung geistlich die Unwahrheit über jene persönlichen Verhältnisse zu verbreiten sich bemüht hat. —

Ueber die Thätigkeit oder vielmehr Unthätigkeit unseres Landtags, dessen Verhandlungen nun schon seit mehreren Monaten in endloser Weitschweifigkeit sich dahinschleppen, glauben wir zur Zeit am besten mit Stillschweigen hinwegzugehen.

α.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, 8. Februar 1874.

Am 2. Februar setzte das Abgeordnetenhaus in einer Abendsitzung die Berathung des Staatshaushaltes und insbesondere die Berathung der Ausgaben des Cultusministeriums fort. Darunter befand sich ein Posten von 50,000 Thlr. für Synodalkosten, wohlgerneht, als einmalige und außerordentliche Ausgabe. Bekanntlich hat der König im September v. J. als oberster Bischof der evangelischen Kirche Preußens eine Neubildung der kirchlichen Ge-